

Volks-Zeitung

Die Krisis.

Herr Bischoff beim Kaiser.

Der Reichskanzler Herr Bischoff ist, wie ein Telegramm aus Kiel meldet, heute früh um 8 Uhr 21 Minuten dort eingetroffen und hat sich sofort am Bord der „Hohenzollern“ begeben. Mit dem Reichskanzler ist auch der Chef des Zivilkabinetts v. Valentini nach Kiel gereist. Auch er hat sich am Bord der Hohenzollern begeben. Der Reichskanzler wurde sofort vom Kaiser empfangen und begann seinen Vortrag über die politische Lage.

Ueber die Vorgesichte dieses Vertrages verläutet offiziell: Sofort nach der Reichstagsabstimmung über die Finanzreform legte Herr Bischoff dem Kaiser in der Besprechung eine ausführliche Beschriftung, in dem er schließlich dem Kaiser um eine persönliche Ansprache bat. Der Kaiser antwortete darauf, daß er den Fürsten in Kiel erwartete und daß ihm, schließlich zu kommen. Aus diesem Grunde ist der Reichskanzler, der anfänglich erst heute fahren wollte, bereits gestern nach abgereist.

Da man erwarten darf, daß noch heute Veröffentlichungen über das Ergebnis der Unterhaltung des Kaisers mit dem Kaiser erfolgen werden, so enthalten wir uns bis dahin aller weiteren Erwähnungen über die derzeitige Lage.

Die Liberalen.

Der geschäftsführende Ausschuss des Wahlvereins der Liberalen hat beschlossen, für Sonnabend, 8. und Sonntag, 4. Juli, nach Berlin einen außerordentlichen Delegiertentag einzuberufen. Die Einladungen werden den Organisationen und Einzelmitgliedern rechtzeitig zugestellt werden. Gegenstand der Beratungen ist natürlich die Finanzreform und die politische Lage. Die Abgeordneten Schwader, Rommlein, Gothein und Dr. Kaumann haben Referate übernommen.

Die Nationalliberalen haben, wie schon bekannt, zum 4. Juli einen Parteitag einberufen. Wie wir weiter hören, hat auch die freiwirtschaftliche Volkspartei für den 3. und 4. Juli den erweiterten Zentralausschuss der Partei einberufen. Nach dem Parteitag ist es dort unmöglich, in so kurzer Zeit einen Parteitag einzuberufen.

Bayern und die Reichsfinanzreform.

Aus München wird uns geschrieben:

Es wird immer klarer, daß das Zentrum in Bayern darauf ausieht, eine reichsweite Parteiverfassung, wie sie die Konventionen in Bayern ausüben, einzuführen, und wenn es nicht anders geht, das Ministerium Podewitz zur Demission zu zwingen, obwohl dieses für das Zentrum schon so vieles getan hat, daß sich zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. Ein Ministerium über den Parteien, ein neutrales Kabinett, das auch der Minderheit einige Achtung trägt, genügt dem Zentrum nicht mehr, seit es die große Mehrheit im Landtage besitzt, es will Zentrumsparität in den höchsten Beamtenstellen und im Ministerium selbst! Das ist schon lange der geheime Wunsch des Zentrums, der in neuerer Zeit aber ganz offen ausgesprochen wird, und zwar mit einem Nachdruck, der sich nur aus den neuen Tagen im Reich und in Bayern erklären läßt. In Preußen die Herrschaft der Konservativen, in Bayern die Herrschaft der Schwärzen - in diesen Zeichen der schismatischen Reaktion soll die nächste Zukunft des Deutschen Reiches liegen.

Die jüngsten Angriffe der führenden Zentrumsblätter in Bayern auf die Münchener Regierung, besonders auf die Minister v. Pfaff, v. Retzlaff und v. Frauenhofer, geben deutlich die Richtung an, in der es gehen soll. Man will im Reich nicht „gebildet“ sein und in Bayern nicht mitregieren, man will - herrschen und die anderen Parteien terrorisieren. Die Taktik des Zentrums bei der Reichsfinanzreform ist ein Ausfluß dieses politischen Willens und die nun erfüllte Forderung eines Volksbischops in München und das systematische Verlangen von Zentrumsmännern für die höheren Beamtenstellen haben damit im engsten Zusammenhang. Allerdings so einfach, wie sich das Zentrum die Sache offenbar denkt, wird es nicht gehen; denn der Widerstand in Bayern gegen ein klerikales Regiment wird sich nicht nur vertiefen, sondern auch erweitern und die Parteien, die bisher in der Minderheit sind, enger zusammenhängen, vor allem die liberalen Gruppen und die Sozialdemokratie. Und dann wird es auch am Hofe an Wilhelm nicht fehlen. Wenn auch das Haus Wittelsbach der katholischen Kirche ergeben ist, so wäre ihm doch ein klerikales Regiment durchaus nicht recht, auch nicht dem Prinzen Ludwig, den man lange Zeit als künftigen Zentrumskönig glauben aufziehen zu dürfen. Wobei zu berücksichtigen ist, daß das Zentrum auch heute, in seiner parlamentarischen Glanzzeit, in Wahrheit nicht einmal die Mehrheit der Wähler auf seiner Seite hat. Denn nur 42 Prozent der bayerischen Landtagswähler haben sich bei den letzten Wahlen für das Zentrum entschieden und nur dem Wahlzettel ist es zu verdanken, daß die Partei trotz dem in der Kammer die große Mehrheit besitzt.

Durch den Kampf um die Reichsfinanzreform und dessen für die reaktionären Parteien ermutigenden Verlauf ist der Drang des Zentrums nach einer einheitlichen Parteiverfassung noch stärker geworden. Die Zeit ist gekommen, um große Entschlüsse zu fassen, im Süden wie im Norden, und wenn das Ministerium Podewitz sich von der „Wolfspolitik“ im Reich nicht losläßt, dann folgt eine böse Abrechnung mit ihm. Es ist den Herren

dem Zentrum schon lange verächtlich - nun soll es bekennen, was das Zentrum von ihm erwarten darf. Man sieht: Das Schicksal der Reichsfinanzreform ist auch für Bayern von besonderer Bedeutung und großer politischer Tragweite. Wie weit der bayerische Bundesratsbevollmächtigte in Berlin, Graf Wertheimfeld, dem man allerdings allerlei Konspirationen und Intrigen nachsagt, dabei eine Rolle spielt, ist in diesem Moment nicht klar zu erkennen. Jedenfalls ist es bezeichnend, wenn das Ministerium Podewitz einer Auflösung des Reichstags nicht entgegen ist und von ihr eine politische Sanierung nach mancherlei Richtung erwartet.

Der Hanfabund

hat sich konstituiert.

In der gestrigen Sitzung des in der Verammlung vom 12. d. M. gewählten provisorischen Präsidiums des Hanfabundes sind die Satzungen des Bundes einstimmig festgestellt worden. Hiernach können als Mitglieder des Hanfabundes aufgenommen werden: die Einzel-, Vorstands- oder Mitgliedsvereine von gewerblichen, kaufmännischen oder industriellen Unternehmungen; ferner Handlungsgeschäften oder Betriebsbetriebe unternehmungen; weiter Innungen, Innungsverbände und Innungsausschüsse, und endlich Freundes- oder Vereinskörper des Hanfabundes, die mit dessen satzungsmäßigen Zielen einverstanden sind.

Vorstand des Hanfabundes sind drei Direktoren; an der Spitze des Direktoriums stehen drei Präsidenten stehen. Es wurde beschlossen, daß einer dieser drei Präsidenten dem Handwerk entnommen werden soll. Außerdem sollen drei Vizepräsidenten gewählt werden. Bei sämtlichen Mitgliedsvereinen soll zunächst Rücksicht auf eine Vertretung des Gewerbes, des Handels, des Industrie- und Handwerks und des Kleinhandels, so weit möglich, Rücksicht auf eine Vertretung der verschiedenen Teile des Deutschen Reiches genommen werden. Außer dem Direktorium besteht ein Gesamtausschuss von mindestens 100 Personen, bei dessen Zusammenstellung zunächst den Interessen aller Kreise von Gewerbe, Handel und Industrie Rechnung getragen werden soll. Die Ernennung der einzelnen Mitglieder der verschiedenen Gremien wird in festerer Zeit erfolgen.

Wit der vorläufigen Leitung der Geschäfte ist Geheimrat Dr. Kieffer betraut. Die Sitzung von Vorkommnissen und Entscheidungen ist bereits in die Wege getreten und an vielen Orten schon erfolgt. Die Beiträge für reichsweite Gewerbetreibende sind auf mindestens drei Mark festgelegt.

Ein Privattelegramm aus Frankfurt a. M. meldet uns: Auf Einladung der Frankfurter Handelskammer versammelten sich gestern die Vertreter der meisten gewerblichen, kaufmännischen und industriellen Vereine und Verbände Frankfurts, um die Organisation des Hanfabundes zu fördern. Das Resultat war die Wahl eines Komitees aus den Kreisen des Groß- und Mittelhandels, Industrie- und Handwerks und Kleinhandels, das in einem Aufruf sich an die Frankfurter Bevölkerung wenden will.

Wie der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ berichtet, hat sich der Kaiser in Hamburg den Vorständen des Hanfabundes, Geheimrat Kieffer, vorstellen lassen und ein längeres Gespräch mit ihm geführt, das auch politische Fragen berührte, über dessen Inhalt aber stillschweigend bewahrt wird.

Revoziert und depreziert.

Wir lesen in der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Erklärung:

„In dem Prozesse des früheren Obersten Gädde gegen den Minister der Deutschen Tageszeitung“ W. Scheuermann wegen Verleumdung durch den Ausdruck „Vorbereiter des Königsmordes“ ist es in zweiter Instanz zu einem Vergleich gekommen. Danach erklärte sich der Beklagte bereit, folgende Erklärung abzugeben:

„Als ich den zum Gegenstand der Privatklage gemachten Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichte, war mir der Inhalt des früheren Obersten Gädde in Nr. 313 des „Berliner Tageblatts“ vom 23. Juni 1908, der seitliche Königsmord“ und die anderen nicht mehr genau bekannt. Nachdem ich jetzt ihn nochmals durchgesehen habe, erkenne ich an, daß der von mir ergebene Ausdruck, es sei der Privatkläger ein „Vorbereiter des Königsmordes“, jeder Grundlage entbehrt und sich nicht aufrecht erhalten läßt. Ich nehme diesen Vorwurf daher mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Der Beklagte übernahm die Kosten des Verfahrens. Wir bemerken hierzu, daß gerade das Organ des Bundes der Landwirte sich durch besonders gehässige Angriffe gegen Herrn Oberst Gädde hervorgetan hat. Um so mehr können wir ihm diese Niederlage.

Eine scharfe Anklagerede

Wit in der gestrigen Sitzung der französischen Deputiertenkammer der Abgeordnete Jaures in der Festsitzung der Debatte über die Interpellation von v. a. allgemeinen Politik gegen das Kabinett Clemenceau und die jüngere Kammermehrheit. Jaures führte aus, die Politik der Regierung beruhe auf Brutalität in der Intervention; ihre Unschicklichkeit in der Reformarbeit werde schließlich zu Revolution führen. Die gegenwärtige Gesetzgebung werde dem Lande innerlich Reform bringen. Der Parlamentarismus und die Kammermehrheit seien discreditiert. Es wäre zu wünschen, daß man im Parlament große Dinge und hochherzige Ideen fände, wie sie die Genies von der Art Wagner, Goethe und Viktor Hugo erfüllten, in denen alle Lebenskräfte ihrer Völker wohnen. Zeit genug haben wir den Zustand eine Alters- und Kränklichkeit der Nation für die Arbeiter; die schließlichen Schicksale des Deutschen Reiches hätten die Notwendigkeit erkannt, die großen öffentlichen Unternehmungen zu sozialisieren. Diese Reformen setzen sich in jedem Lande durch, und die radikale Partei werde diese Bestrebungen nicht einzugähnen vermögen. Sie werde vielmehr die sozialistischen Ideen in sich aufnehmen müssen.

Die Sitzung wurde dann aufgehoben. Am nächsten Donnerstag folgt der Bericht der Maximaluntersuchungskommission auf der Tagesordnung.

Muley Hafid als Bruder mörder.

Der Sultan von Marokko Muley Hafid hat, wie jetzt als sicher angenommen werden kann, seinen jüngeren Bruder Muley Mohammed bedeutend verächtigt. Wie die Madrider „Correspondencia Espanola“ aus Tanger erfährt, soll die auf Befehl Muley Hafids erfolgte Vergiftung seines Bruders Muley Mohammed damit motiviert worden sein, daß Muley Mohammed beabsichtigt habe, dem abgesetzten Sultan Abdal Aziz wieder zum Thron zu verhelfen. Mehrere Notable wie Acha Benomar, Glau und Mugi sollen mit im Komplott gewesen sein.

Und für einen solchen Verbrecher wie Muley Hafid, der selbst vor dem Brudermord nicht zurückschreckt, hat sich die deutsche Regierung ins Zeug gelegt? Sie hat, wie bekannt, bei den Mächten die Anerkennung Muley Hafids angefragt und sie ist dadurch in einen Konflikt mit Frankreich geraten, der die damals zwischen Frankreich und Deutschland bestehende Spannung bedeutend verschärft hat. Die schlimmen Erfahrungen, die die Leiter der deutschen auswärtigen Politik jetzt mit Muley Hafid machen müssen, beweisen wieder einmal, wie dringend Vorrat und Zurückhaltung in allen Fragen die gegenwärtigen auswärtigen Politik am Platze sind.

Eine meuternde Kompagnie.

Aus Partzenach (Departement Gironde) wird den Pariser Blättern gemeldet, daß eine Kompagnie des 114. Regiments sich auf dem Kasernenhof versammelt und die Internationale angeklammert habe, um ihrem Vorgesetzten gegen einen Kaufmann Ausdruck zu geben. Der Regimentskommandeur habe die ganze Kompagnie mit Arrest bestraft.

Ueber ein neues Unglück

in der französischen Marine wird aus London berichtet: Das Panzerschiff „Garrot“ erlitt bei einem Manövern eine Sabotage. Es mußte infolgedessen zum Zweck der Reparatur in das Arsenal zurückgeführt werden.

Der englische Presse-Kongress

nahm, wie aus London berichtet wird, gestern seine Sitzungen wieder auf. An der gestrigen Sitzung nahm auch der hiesige Graf v. Helldorf teil. Dieser teilte mit, daß er etwa im August seine Abreise nach England für die nächsten Tage in allen Teilen des Reiches beendet haben werde. Die Telegraphengebühren würden dadurch bedeutend erniedrigt werden.

Die russischen Dumanmitglieder,

die, wie bekannt, am Anfang dieser Woche zum Besuch in England entlassen wurden, wurden gestern vom Könige von England in Londoner Buckingham-Palast empfangen. Der russische Botschafter stellte dem Könige die Herren vor. Der König begrüßte sie und sagte, er habe der Arbeit der Duma von Anfang an großes Interesse entgegengebracht und ihre Verhandlungen in den Zeitungen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Er hoffe, daß die Besucher Zeit haben würden, mannigfache Diskussionen in England kennen zu lernen. Er habe seine besten Wünsche im höchsten Maßland in angenehmer Erinnerung und hoffe, weitere Besuche dort stattfinden zu können. Der Führer der Deputation Gornjakow dankte dem Könige für die Begrüßung und für die ihnen entgegengebrachte Sympathie, die den Besuch in London so angenehm gestalte. Sie würden die Erinnerung daran freudigen Herzens mit nach Russland nehmen.

Mio de Janeiro, 25. Juni. Der Ausbruch der Gasarbeiter dauert an. Man beschließt Ruhestreikungen.

Gedächtnisfeier für Theodor Barth.

Im Mozart-Saal fand gestern abend eine stimmungsvolle Gedächtnisfeier für Dr. Barth statt, deren Leitung Reichstagsabgeordneter Schwader übernommen hatte. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Redeeröffnung glück einem Vorredner, in dessen Mitte das umkränzte Bildnis des Verstorbenen aufgestellt wurde. Eingeleitet wurde die Feier durch den gemischten Chor: „Komm, süßer Tod“ von Bach, worauf Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Wilhelm Forstner dem Toten folgenden Nachruf widmete:

„In der heutigen Gedächtnisfeier für Dr. Barth haben sich mit den näheren Freunden und Anhängern auch Vertreter von solchen intellektuellen, sozialen und politischen Weltanschauungen vereint, die ihm im Leben fernere haben. Sie wurden zu einer gemeinsamen Feier verbunden durch den Eindruck, daß nicht nur die deutsche, sondern die gesamte Kulturwelt in Barth eine Seele, eine Gestalt, einen kulturellen Führer verloren hat, der unerschütterlich zu sein scheint. Sein Lebensbild scheint schon jetzt mit einem unverwundlichen Ruhmesstrahl umgeben zu sein. Ich habe die Aufgabe übernommen, Bericht umfassen des Verdienstes für die jüngere der wissenschaftlichen Entwicklung des Weltverkehrs, des Erziehungs- und Geisteslebens zu schildern. Dabei kann ich nur sagen, daß abweichend von der Stellungnahme vieler Politiker er für die sozialistischen Menschheitsprobleme die wertvolle Teilnahme beizubringen. Auf dem Gebiete des Weltverkehrs konnte Barth nur auf der Seite des Freihandels stehen. Er erlebte mit Schmerzen das Zerbrechen Deutschlands in die Schranken der Zollpolitik. Durch seine Beziehungen zur angelsächsischen Kultur hatte er einen tiefen Einblick in das Wesen und die Tragik der Arbeiter. Schon im Jahre 1893 brachte er im Reichstage eine Interpellation ein, ob Deutschland sich nicht den Weltverträgen Englands und Amerikas für eine internationale Freidenkungsvereinbarung anschließen wolle. In der Kaiserzeit sah er eine verständnisvolle Stellung ein. Er wurde in den neunziger Jahren zum Vorsitzenden des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus gewählt. Für alle diese Probleme, wie namentlich auch für die Reichstagsfragen, bekämpfte er stets